SZ vom 26.6.15

Ackergift in der Muttermilch

Das Pestizid Glyphosat steht unter schwerem Verdacht

München – Viele Landwirte wollen nicht darauf verzichten, und auch Hobbygärtner setzen es gern ein. Kein Wunder, denn gegen das Ackergift Glyphosat scheint buchstäblich kein Kraut gewachsen. Kaum ein anderes Mittel in der Landwirtschaft erweist sich als so wirksam, wenn es darum, geht, lästigen Pflanzen den Gar auszumachen. Das macht den Wirkstoff, der in Mitteln wie Roundup enhalten ist, zum meist verkauften Pestizid weltweit. Doch was für die Agro- und Chemieindustrie ein Milliardengeschäft ist, könnte für Mensch und Umwelt gravierende Risiken haben, die bisher unterschätzt wurden.

Seit kurzem steht der Wirkstoff Glyphosat im Verdacht, krebserregend zu sein. Eine Warnung kam im Frühjahr von der Weltgesundheitsorganisation WHO. Daneben häufen sich die Hinweise, dass sich das Gift in der Nahrungsmittelkette anreichert. Eine neue Untersuchung im Auftrag der Bundestagfraktion Bündnis 90/Die Grünen bestätigt das. Demnach wurden nun erstmals bei Stichproben in Deutschland erhöhte Glyphosat-Werte in der Muttermilch gefunden – und zwar in einer Konzentration, die den Angaben zufolge erheblich über dem Grenzwert für Trinkwasser liegt. Das Leipziger Labor Biocheck hat 16 Proben von Müttern aus ganz Deutschland ausgewertet und festgestellt, dass keine einzige Probe frei von Rückständen war.

Die WHO warnt vor Krebsrisiken. Monsanto zieht nun deren Kompetenz in Zweifel

Das Ergebnis gehört in eine ganze Reihe von Untersuchungen, bei denen in den vergangenen zwei Jahren Rückstände von Glyphosat in Lebensmitteln sowie im Urin von Großstadtmenschen und Nutztieren wie Rindern festgestellt wurde. Der Haken an all diesen Befunden ist, dass die Studien allesamt nicht repräsentativ sind. Allein die Zahl der Proben war viel zu gering, um daraus wissenschaftliche belastbare Schlüsse ziehen zu können. Das gilt auch für die Muttermilch-Daten.

Doch die Ergebnisse können nach Einschätzung von Wissenschaftlern wichtige Hinweise liefern. „Wenn wie jetzt ein Wert festgestellt wird, der erheblich über der Nachweisgrenze liegt, ergibt sich daraus ein Anfangsverdacht, der deutlich macht, dass eine umfassende wissenschaftliche Studie notwendig wäre", sagt Professor Irene Witte, die an der Universität Oldenburg Umwelttoxikologie und biochemische Toxikologie gelehrt hat und inzwischen im Ruhestand ist. Doch unabhängige Studien dazu gibt es bisher nicht.

Erste Adresse für eine umfassende Untersuchung wäre das Bundesinstitut für Risikobewertung (BfR). Doch dort sieht man derzeit keinen Handlungsbedarf. Im Gegenteil. Die Behörde, die schon länger wegen der Nähe einiger Mitarbeiter zur Industrie in der Kritik steht, gibt Entwarnung. Gerade erst hat sie einen Prüfbericht nach Brüssel geschickt, der zeigen soll, dass von Glyphosat keine Gefahr ausgeht. Dafür werteten die BfR-Experten Hunderte von Studien aus der ganzen Welt aus. Darunter viele, die von der Industrie selbst stammen oder zumindest von ihr mitfinanziert wurden. Kritiker sehen darin eindeutig einen Interessenkonflikt. Die Behörde selbst wollte sich nicht äußern.

Der Bericht des BfR ist auch brisant vor dem Hintergrund, dass in diesem Jahr in Brüssel über eine Zulassungsverlängerung des Wirkstoffs in der Europäischen Union entschieden werden muss. Die entscheidende Bewertung dafür kommt von der deutschen Behörde. Kaum nachvollziehbar scheint es da, dass ausgerechnet die kritische Studie der WHO, die erstmals eine Krebsverdacht äußert, nicht berücksichtigt wurde. Die BfR gerät deshalb auch von Seiten der Politik zunehmend unter Druck. Die EU müsse die Analyse der WHO berücksichtigt, es müsse mehr geforscht werden, meint etwa die SPD-Bundestagsabgeordnete Rita Hagl-Kehl. Die Grünen-Politikerin Bärbel Höhn verlangt harte Konsequenzen. „Die Bundesregierung muss Glyphosat aus dem Verkehr ziehen, bis die Frage der krebsauslösenden Wirkung geklärt ist", fordert sie. Doch danach sieht es derzeit nicht aus. Im September soll es erst einmal eine Anhörung zu Glyphosat im Bundestag geben.

Die Industrie reagiert unterdessen empört auf die kritischen Studien. Am lautesten protestiert der amerikanische Konzern Monsanto, der Glyphosat als erstes Unternehmen auf den Markt brachte und bis heute einen erblichen Teil von Umsatz und Gewinn damit erzielt. Vor allem die Studie des WHO Expertengremiums IARC stieß bei Monsanto-Chef Hugh Grant auf heftige Ablehnung. Er bezeichnete den Bericht gar als „Junk Science", also als Drecks-Forschung und fordert die WHO auf den Bericht zurückzunehmen. Es gebe genug wissenschaftliche Untersuchungen, die nach seiner Ansicht belegen, dass Glyphosat unbedenklich sei. Die Wissenschaftlerin Witte hat für die harten Worte kein Verständnis. Die IARC sei weltweit sehr anerkannt, das Expertengremium habe schon viele Chemikalien hinsichtlich ihrer krebserzeugenden Wirkung bewertet, meint Witte. „Fachleute vom IARC haben mehr als ein Jahr die vorhanden Daten zu Glyphosat durchforstet. Es gibt vorerst keine Grund an den Ergebnissen zu zweifeln".

Doch für die Industrie geht es um viel Geld. Allein in Deutschland werden mehr als 5000 Tonnen jährlich versprüht, auf gut 40 Prozent der Äcker kommt der Stoff regelmäßig zum Einsatz, auch um die Erntereife von Getreide zu beschleunigen. Insgesamt sind mehr als 80 Präparate in Deutschland zugelassen, auch der Bayer-Konzern ist gut im Geschäft. Für die Bauern sei das Mittel unverzichtbar, betont der CDU-Mann Hermann Färber. Er hält das Mittel für unbedenklich, er warnt Panikmache. Glyphosat sei laut WHO-Gefahreneinstufung so gefährlich wie Mate-Tee und den wolle schließlich auch niemand verbieten.

SILVIA LIEBRICH

Glyphosat

Seit gut vier Jahrzehnten wird Glyphosat in der Landwirtschaft eingesetzt, um Unkraut zu vernichten und die Reife von Getreide zu beschleunigen. Deutlich zugenommen hat der weltweite Einsatz in den Neunzigerjahren. Treibende Kraft war der US-Konzern Monsanto mit der Entwicklung von gentechnisch verändertem Saatgut, das resistent ist gegen das Unkrautvernichtungsmittel. Damit ist der Verbrauch vor allem in den Ländern stark angestiegen, die auf Gentechnik setzen, etwa in Nord- oder Südamerika. In Argentinien etwa beklagen Landbewohner und Ärzte seit einigen Jahren einen deutlichen Anstieg von Krebserkrankungen und Missbildungen bei Neugeborenen. Sie machen den hohen Glyphosat-Einsatzin ihren Regionen verantwortlich. Die Industrie weist diese Vorwürfe als haltlos zurück. SLB